



Atomkraftwerk Fessenheim Weshpenesch

04.08.2012 · Der französische Präsident François Hollande will das Atomkraftwerk Fessenheim vom Netz nehmen. Die deutschen Nachbarn in Südbaden freut das. Viele Franzosen aber nicht.

Von [Rüdiger Soldt](#)



© Helmut Fricke Atomkraftwerk Fessenheim

Ein großer Frachter schippert durch den „Grand Canal d’Alsace“. Unspektakulär sehen die zwei Fessenheimer Reaktorblöcke am Kanalufer aus. Die runden Gehäuse von Reaktorblock I und II erinnern eher an veraltete Silage-Silos. Fessenheim kommt an die Dimension anderer Kernkraftwerke nicht heran - es ist ein Druckwasserreaktor, die Kühltürme fehlen. Als Fessenheim gebaut wurde, fürchteten die Winzer zwischen Kaiserstuhl und Markgräflerland, dass die Luft aus den Kühltürmen das Mikroklima für den Wein zerstören könnte. Die Politiker schwärmten von einem „Ruhrgebiet am Oberrhein“. Jean-Paul Lacote war 1975 das erste Mal hier am Kanal. Zum Demonstrieren.

Lacote hat in seinem Leben viele unterschiedliche Dinge getan. Er war Förster, Achtundsechziger-Student, Schauspieler, Fliesenleger, Mitarbeiter einer Naturschutzorganisation. Ein Thema hat ihn immer wieder beschäftigt: die Gefahren der zivilen Nutzung der Atomenergie. Der 67 Jahre alte Franzose trägt ein knallgelbes T-Shirt. „Atom - Non Merci“ steht drauf. Fast vierzig Jahre kämpfte Lacote gegen Fessenheim. Er ist zwar Franzose, lebt aber in Deutschland. Erst versuchte er, den Bau zu verhindern, dann kämpfte er unermüdlich für die Stilllegung. 1975, da war Lacote dreißig. Das nächste deutsche Dorf heißt Hartheim und ist acht Kilometer entfernt. Das französische Dorf Fessenheim, das dem Kraftwerk den Namen gab, ist vier Kilometer weit weg vom Rhein.

„Allee der Kernkraftwerke“

Frankreich realisierte damals ein gewaltiges Programm zum Ausbau der Atomenergie. Atomgegner aus Südbaden und aus dem Elsass demonstrierten am Kanal. Es waren bewegte Zeiten. Sie besetzten Strommasten, traten in Hungerstreik. Selbst einen Bombenanschlag gab es damals. Aus dem Landratsamt Lörrach entwendeten die Demonstranten die Katastrophenschutzpläne. „Sogar die Mit-

begründerin der französischen Grünen, Solange Fernex, war dabei“, erinnert sich Lacote, der Franzose, der für die deutschen Gegner eine Schlüsselfigur war.

Ursprünglich waren - zur Hochzeit der Atomenergie - eine ganze Reihe von Atomkraftwerken am Oberrhein geplant. Pläne gab es für Gamsheim, Breisach und natürlich für das Bauerndorf Wyhl am Kaiserstuhl, einige Kilometer weiter nördlich. Die Atomkraftgegner sprachen von einer „Allee der Kernkraftwerke“. Die baden-württembergische Regierung ließ Standorte in Schwörstadt, Meißenheim, Laufen und Sersheim prüfen. Der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende Lothar Späth versuchte zwischen Ministerpräsident Hans Filbinger und den aufständischen Winzern, Apothekern, Bauern und Lehrern im Wyhler Wald zu vermitteln. Ohne das Wyhler Kraftwerk würden „bald die Lichter ausgehen“, drohte Filbinger in jenen Tagen. Das Land hat sich dennoch ganz anständig entwickelt – Filbingers Nachfolger, Lothar Späth, stoppte das Projekt 1983 ziemlich schnell.

Symbol für die Freundschaft

Die Franzosen blieben standhaft. Sie bauten Fessenheim. Es ging 1977 ans Netz. Viele der einstigen Protagonisten sind längst gestorben. In seinem Wahlkampf hat Frankreichs neuer Präsident François Hollande angekündigt, als einziges Werk bis 2017 Fessenheim vom Netz zu nehmen, Frankreichs ältesten Reaktor. Die Fessenheimer selbst freut das nun gar nicht, die deutschen Nachbarn dafür sehr.

Vor einigen Jahren ist nach langem Ringen eine Brücke über den Rhein mit einer Fahrspur gebaut worden. Ein Symbol für die Freundschaft zwischen dem französischen Fessenheim und dem deutschen Hartheim. Auf dem Rheinauen-Gelände soll vielleicht mal ein Dokumentationszentrum für die deutsch-französische Freundschaft entstehen. Es gibt schon ein Touristen-Informationszentrum und einen „Info-Pavillon“ der EdF. Die Atomkraftgegner nennen ihn den „Lügenpavillon“.

Menschen fürchten, arbeitslos zu werden

Fessenheim ist ein herausgeputztes Dorf. Die Gehwege sind mit einem weinroten, besonders trittfreundlichen Asphalt geteert. Über der „Rue de la Libération“, der Hauptstraße, hängt ein Transparent, mit dem sich Fessenheim als Zentrum der Nuklearindustrie anpreist. Fabienne Stich, die Bürgermeisterin von der UMP, gibt derzeit keine Interviews. Sie ist für den Weiterbetrieb des Kraftwerks, klar, denn die Gewerbesteuererinnahmen haben Fessenheim wohlhabend gemacht. Man kann sich sogar eine elektronische Anzeigentafel leisten, die auf ein Museum hinweist, das 300 Meter weit entfernt ist. Die Menschen, die hier leben, fürchten, arbeitslos zu werden.

In der Bar „L'Express O“ sitzen drei breitschultrige Arbeiter beim Mittagsbier, über das Kernkraftwerk möchten sie nicht reden. Die Lehrerin Peter Marie-Ler hat gerade fürs Wochenende eingekauft. Sie kommt aus dem großen Supermarkt Fessenheims. „Natürlich wäre es besser, wenn es abgestellt würde, Strom muss aber hergestellt werden. Meine Schüler haben mitbekommen, dass das Schwimmbad jetzt so lange nicht saniert werden kann, bis klar ist, was Hollande eigentlich mit dem Kernkraftwerk vorhat.“ Außerdem gebe es ja zahlreiche weitere Atom- und Chemiewerke. Ähnlich sieht es Christophe, früher hat er sogar mal im Atomkraftwerk geputzt. Auf die Frage, welchen Eindruck es mache, reagiert er mit einem Achselzucken: „In keinem Betrieb läuft es hundertprozentig perfekt. Nur, was ist die Alternative, es gibt auch kein Brot ohne Mehl, wo holen wir den Strom her, das ist doch jetzt nur Propaganda von Herrn Hollande“, sagt er. Und überhaupt, im Elsass lebten wenigsten noch Menschen, die nicht „den ganzen Tag“ in der Hängematte verbringen.

Quer durch das gesamte politische Spektrum

Das Elsass ist eine Hochburg der UMP, der Partei des abgewählten Nicolas Sarkozy. Bei der Wahl zur Nationalversammlung hat die UMP in den beiden elsässischen Departements Haut und Bas Rhin - verglichen mit 2007 - nur wenige Mandate verloren. Der politische Druck, das Kraftwerk abzuschalten, ist seit Fukushima jedoch immer größer geworden. Vor allem im nahen Deutschland, quer durch das gesamte politische Spektrum. Viele Gemeinderäte in Südbaden haben Resolutionen unterzeichnet und Briefe an die Bundeskanzlerin geschrieben. Der Freiburger Gemeinderat fordert die Schließung seit 1986. Nach Fukushima und dem Beschluss der Bundesregierung, aus der Kernenergie auszusteigen, schlossen sich auch die letzten Atomenergieverteidiger in der südbadischen CDU

der Forderung an. Die grün-rote Landesregierung setzt sich für die Stilllegung ein. Das Regierungspräsidium Freiburg will sie. Sogar in der Nachbarregion des Elsass, in der Franche Comté, ist eine entsprechende Resolution unterzeichnet worden.

Seitdem deutsche, französische und schweizerische Politiker in der trinationalen Überwachungskommission CLIS sich über die Lage im Kernkraftwerk informieren lassen, kann der Betreiber nicht mehr so viel verheimlichen. Die CLIS gab ein Gutachten in Auftrag, das den Hochwasserschutz für die Reaktorblöcke moniert. Ein Bruch des Kanals könnte das Kraftwerk zur Havarie bringen. Auch die französische Atomaufsicht machte Auflagen zum Erdbeben- und Hochwasserschutz, um eine weitere Betriebsgenehmigung für zehn Jahre erteilen zu können. In Deutschland wartet man immer noch auf eine Reaktion des Staatskonzerns. „Es wäre gut, wenn hier nichts mehr investiert wird und so schnell wie möglich abgeschaltet wird“, sagt die Freiburger Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer (parteilos).

Noch mehr Briefe an Hollande

Hartheim ist kleiner als Fessenheim, auch ärmer. Die Gehwege sind hier mit normalem Asphalt geteert. Elektronische Anzeigentafeln sucht man vergebens. An der Durchgangsstraße ist ein Fleischer-Geschäft. Birgit Back kauft den Sonntagsbraten. „Klar sollte es weg, leider entscheidet das die französische Regierung. Das Kernkraftwerk ist immer präsent, ich würde trotzdem nicht wegziehen, es ist meine Heimat“, sagt sie. Die Dorffeste feiern Franzosen und Deutsche manchmal zusammen. Die Hartheimer tanken in Frankreich, die Franzosen kommen zum Einkaufen. Nur in der Frage Fessenheim werden sie keine Freunde.

Im Hartheimer Rathaus sitzt eine bekennende Atomkraftgegnerin. Kathrin Schönberger, seit 2010 im Amt, versucht es diplomatisch zu formulieren: „Bei uns ist das kein offizielles Gesprächsthema.“ Sie lehnte es ab, den Vorsitz des grenzüberschreitenden Zweckverbandes zu übernehmen, offenbar weil die elsässischen Bürgermeister der aus Sachsen-Anhalt stammenden Bürgermeisterin misstrauten. Die Franzosen haben sich an die Hartheimer Bürgermeisterin genauso wenig gewöhnt wie die Deutschen, sie verschmäht den Gutedel und blieb der Investitur des katholischen Pfarrers fern. Schönberger nennt die Kooperation mit den Franzosen „rheinüberschreitend“, denn die Grenze existiere ja nicht mehr. „Wir kriegen viele Meldungen vom Betreiber des Atomkraftwerks verspätet und geschönt, die Bodenplatten unter den Reaktorblöcken sind dünner als in Fukushima, man fragt sich, ob sich weitere Investitionen in das Kraftwerk noch lohnen.“ Sie will, wenn nötig, noch mehr Briefe an Hollande schreiben. Eine Resolution des trinationalen Atomschutzverbandes hat die Gemeinde unterschrieben, Frau Schönberger und alle Politiker in der Region hoffen nun auf Hollandes Besuch im September. Dann soll in Ludwigsburg die deutsch-französische Freundschaft und die Rede de Gaulles an die deutsche Jugend gefeiert werden. Vielleicht sprechen Kanzlerin Merkel und Präsident Hollande dann auch über Fessenheim.

Weitere Artikel

- [Fernsehduell: Hollande und Sarkozy streiten über Deutschland](#)
- [Frankreich verlängert Laufzeit von Atomkraftwerken](#)
- [Frankreich: Der Atomkonsens bröckelt](#)
- [Frankreich: Der Atomkonsens bröckelt](#)

Etwa vierzig Kilometer nördlich von Hartheim liegt Wyhl, der Ort des badisch-alemannisch-elsässischen Widerstands auf deutscher Seite. An diesem Wochenende sind Zelte für das „Haxenfest“ aufgebaut. Auch von den älteren Männern erinnern sich nur noch wenige an die Kämpfe der siebziger Jahre. Die alte Nato-Straße führt zum Rhein. 1975 haben hier 30000 Menschen demonstriert. Der Rheinwald bei Wyhl war zum „Weschpenesch“ für die Politiker und die Betreiber, das Badenwerk und die Energieversorgung Schwaben, geworden. Die ENBW gab es noch nicht. Der Wald, in dem ohne den Protest der Anti-AKW-Bewegung jetzt ein Atomkraftwerk stünde, ist heute Naturschutzgebiet, in der Nähe der Nato-Rampe am Rhein haben die Wutbürger von damals einen Findling aufgestellt. Die Schrift ist verblichen, doch zu lesen ist er noch, der alte Schlachtruf der Wyhler: „Nai hamer gesait.“